

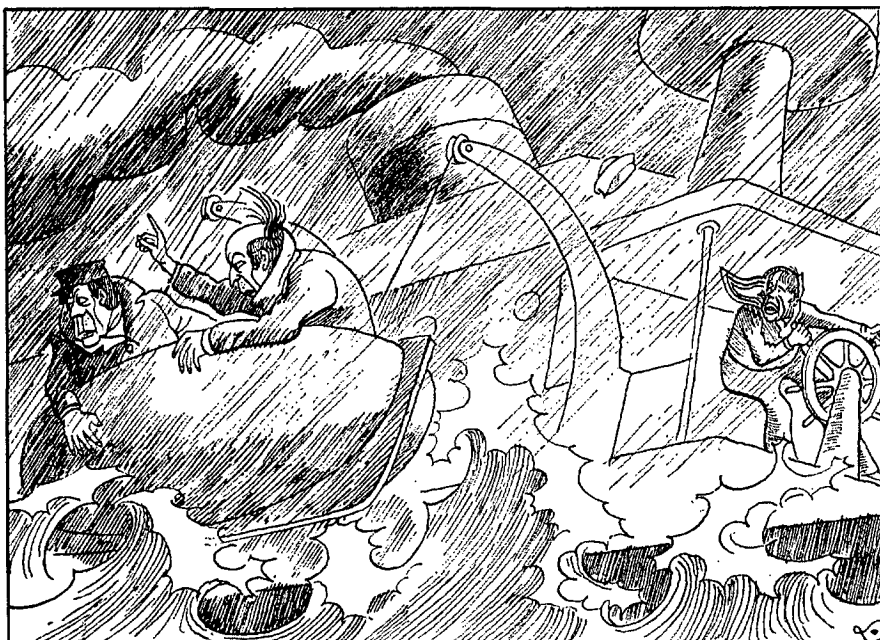
Er wisse, sagte der Ex-Kanzler, daß Carter und Schmidt zwar häufig Kontakt miteinander hätten, „doch vielleicht muß man noch mehr tun, um Meinungsverschiedenheiten auszuräumen“.

Der nächste Konflikt ist schon terminiert. Am Aschermittwoch — wenn Cyrus Vance in Bonn ist — läuft Carters Olympia-Ultimatum an Moskau ab. Und der Präsident scheint nicht geneigt, seine Forderung nach einem völligen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu mildern oder wenigstens die Frist zu verlängern.

Auf einen solchen Zeitgewinn hatten sich Schmidt und Giscard in Paris verständigt. Freilich glauben auch die Bonner nicht daran, daß Moskau sich auf eine Fristenlösung für den schrittweisen Rückzug einlassen könnte. Ohne die sowjetischen Truppen, so lautete letzte Woche die Analyse im Bundessicherheitsrat, könne sich keine Moskau-treue Regierung in Kabul halten, die Russen würden daher einstweilen im Lande bleiben.

Mehr noch: Die Bonner Krisenmanager befürchten, daß der Moskauer Expansionsdrang weitergeht. Der bisher westlich orientierte Nordjemen hat aus der Sowjet-Union umfängliche Waffenlieferungen erhalten — unter anderem 20 Mig-Kampfflugzeuge und 70 bis 80 Panzer. Schon jetzt seien, so westliche Erkenntnisse, mehr als 100 russische Militärberater im Land, das zudem seine Kontakte zum Moskau-abhängigen Südjemen intensiviere.

„Da zeichnet sich eine mit Afghanistan vergleichbare Situation ab“, warnt ein Bonner Regierungsberater und erinnert an die Pariser Gipfel-Erklärung, wonach „die Entspannung einem neuen Schlag gleicher Art nicht standhalten“ würde: „Das wäre der zweite casus knacktus.“



Kursdebatte

Süddeutsche Zeitung

DEUTSCHLAND-POLITIK

Richtig aufrichten

Brück lehnte Kanzler Helmut Schmidt Forderungen nach weiteren Verhandlungen mit der DDR ab — geredet wird erst wieder nach den Wahlen.

Der Kanzler war vergrätzt. Es sei eine Zumutung, fuhr er seinen Staatssekretär Günter Gaus an, ihm unausgelegene Vorlagen aufzutischen, die noch nicht einmal mit den zuständigen Ressorts abgestimmt seien.

Hans Matthöfer pflichtete dem Chef lautstark bei. Er habe es satt, polterte der Finanzminister, seinen Kopf für Versprechen hinhalten zu müssen, ohne zuvor hinreichend konsultiert worden zu sein.

Der Beschimpfte, berichten Teilnehmer des Ministergesprächs am letzten Mittwoch, sei am Ende so zerknirscht gewesen, daß er einmal mehr erwogen habe, seinen Job als Ständiger Vertreter Bonns in Ost-Berlin aufzugeben. Ein Mitglied der Runde nach der Niederlage des Staatssekretärs: „Wir mußten den richtig aufrichten.“

Den Zorn des Kanzlers hatte sich Gaus zugezogen, weil er dem anderen deutschen Staat, wie Schmidt meint, zur falschen Zeit und leichtfertig Geldspenden in Milliardenhöhe in Aussicht stellte und dabei, so ein hoher Bonner AA-Diplomat spitz, „nicht mehr klassisch verhandelte“.

Kanzler, Finanzminister und oben-dreien den in deutsch-deutschen Belangen ohnehin hartleibigen Außenminister Hans-Dietrich Genscher störte, daß Gaus die Bundesregierung zusammen mit den jetzt unterschrittsreifen, 500



Bonner DDR-Vertreter Gaus
Nicht klassisch verhandelt?

Millionen Mark teuren Verträgen über eine Verbesserung der Transit-Verkehrswege und des deutsch-deutschen Gewässerschutzes gleich noch auf weitreichende Folgevereinbarungen über drei Milliarden Mark einschwören wollte.

Ost-Berlins langfristige Zusatz-Wünsche an Bonn:

- ▷ die volle Elektrifizierung und Modernisierung aller fünf Eisenbahnstrecken zwischen dem Bundesgebiet und West-Berlin, geschätzte Kosten: mindestens zwei Milliarden Mark;
- ▷ ein Braunkohle-Großkraftwerk bei Leipzig, das westdeutsche Firmen bauen sollen und das die DDR mit Stromlieferungen in die Bundesrepublik und nach West-Berlin bezahlen möchte. Eine „schalterfreie“ Lösung soll garantieren, daß die DDR die Stromzufuhr nach Westen nicht kappen kann. Kosten: über eine Milliarde Mark.

Doch so beredt sich Unterhändler Gaus für den DDR-Wunschzettel auch einsetzte — die Bonner ließen sich nicht erweichen. Finanzminister Matthöfer belehrte den Staatssekretär: „Große Lösungen“ lasse die angespannte Haushaltslage nicht zu, wer daran zweifle, möge doch bitte mal einen Blick auf die Finanzplanung werfen.

Den Kanzler plagten ganz andere Sorgen. Neue finanzielle Zusagen an Ost-Berlin ausgerechnet im Wahljahr, fürchtet Schmidt, könnten der Opposi-

Milch und Fleisch werden knapp

SED-Chef Honecker über drohende Versorgungsmängel

Am 25. Januar dieses Jahres berichtete SED-Generalsekretär Erich Honecker den Ersten Sekretären der Kreisleitungen über die innen- und außenpolitische Lage. Die Rede wurde nur auszugsweise veröffentlicht — 60 Seiten blieben unter Verschuß. Aus gutem Grund: Die wirtschaftliche Lage ist schlimmer, als die Bevölkerung bereits jetzt erfahren soll.

Wie im letzten Jahr wird auch 1980 die Versorgung mit Fleisch und Wurst, Milch und Käse knapp. Grund: Die letzte Getreideernte fiel so schlecht aus, daß für das Vieh zu wenig übrigbleibt. Wegen des Mangels an „Futterkonzentraten“ (dazu ist auch eiweißreiches Getreide nötig) droht ein starker Rückgang des Angebots an Fleisch — und damit Verärgerung in der Bevölkerung.

Daß die Getreideernte um eine Million Tonnen unter dem Plan blieb, ist nach Honecker Schuld der SED-Leitungen in den Bezirken Magdeburg, Frankfurt/Oder, Schwerin und Neubrandenburg. Nicht das Wetter sei an dem schlechten Produktionsergebnis schuld, sondern die Bezirksleiter, denen eine „politisch verantwortungsbewußte Einstellung zum Getreide“ fehle.

Getreide für das Vieh, so der SED-Chef weiter, könne nicht durch andere Futtermittel ersetzt werden. Um Versorgungsschwierigkeiten (und damit innenpolitische Unruhe) zu vermeiden, sei die Einfuhr von Getreide oder anderem Kraftfutter notwendig.

Dafür jedoch muß die DDR kostbare Devisen opfern — und Honecker weiß nicht, woher er die nehmen soll: „Unsere Exportprodukte“, kanzelte er die auch für Industriebetriebe zuständigen Provinzfunktionäre ab, „bringen nicht die notwendigen Erlöse für den Import“; und das liege einmal daran, daß DDR-Waren auf dem Weltmarkt zu geringen Preisen erzielten, zum anderen an der unzulänglichen Qualität: Mängel im „weltmarktfähigen Veredelungsgrad“.

So sei die Konsumgüterproduktion für den Export erheblich zurückgegangen, ebenso die Erzeugung von Konsumgütern für den inländischen Verbrauch „mit Gütezeichen Q“ (DDR-Symbol für Produkte von höchster Qualität).

Vorbildlich löse hingegen die Bundesrepublik manche ökonomi-

schen Probleme — Honecker hatte sich beispielsweise so gründlich über westdeutsche Recycling-Methoden informiert, daß er den Genossen aufs Prozent genau angeben konnte, welcher Anteil der verschiedenen „Altrohstoffe in der BRD“ wiederverarbeitet würden; die DDR hingegen verwerte zuwenig Schrott, Glas, Papier und Lumpen.

Ausfälle in der Getreideernte, Rückgänge im Konsumgüterexport und dazu steigende Energiekosten — so düster schien dem SED-Generalsekretär die Situation, daß er gleich eine Sofortmaßnahme verkündete: Sämtliche Steinkohle-Einfuhren aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet werden gestoppt, sofern die DDR nicht vertraglich zur Abnahme verpflichtet ist.



SED-Chef Honecker
Funktionäre abgekanzelt

Das eingesparte Geld braucht Honecker für einen noch wichtigeren Rohstoff — Öl, das bald erheblich teurer wird. Denn die Sowjet-Union, der Hauptlieferant der DDR, folgt mit einem gewissen Zeitabstand dem Ölpreinsniveau auf dem Weltmarkt.

Mit einem der Verantwortlichen für den neuen Kostenschub, dem Iran, rechnete Honecker denn auch gleich ab. Der SED-Chef über die Regierung des Ajatollah Chomeini: „Konzeptionsloser Haufen, religiös fanatisch.“

tion willkommene Munition verschaffen, wenn sich die außenpolitische Krise weiter verschärft. Niemand in Ost-Berlin oder Bonn könne wissen, ob die Krise zwischen den Großmächten nicht auch auf die deutsch-deutschen Beziehungen übergreifen und den Dialog unterbrechen werde. Fazit: Über die Mammut-Projekte wird erst „in einem zeitlichen Abstand verhandelt“ (Schmidt), nach den Bundestagswahlen nämlich.

Ohnehin sieht Schmidt derzeit wenig Chancen für ungestörte Verhandlungen mit der DDR. Die Sowjet-Union, argwöhnt er, werde Honecker womöglich zur Ordnung rufen, wenn Ost-Berlin unter den neidischen Blicken der übrigen Osteuropäer ausgerechnet zu Krisenzeiten üppige Geschäftsabschlüsse mit den Westdeutschen tätige, zumal die beiden deutschen Staaten eben erst das für die DDR lukrative Devisengeschäft über 500 Millionen unter Dach hätten.

Im März sollen die Verkehrs-Verträge — vom zweigleisigen Ausbau der Eisenbahnstrecke Berlin—Potsdam—Helmstedt über eine Erweiterung der Wasserstraßen für Europa-Schiffe bis zum „Einstieg“ in den Gewässerschutz bei Unterhavel und Spree — unterzeichnet werden.

Gleich nach der Sitzung betraute der Kanzler seinen Ost-Berliner Dienststellen-Leiter mit einer unangenehmen Mission: Am Donnerstag mußte Gaus seinem Verhandlungspartner, DDR-Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski, mitteilen, daß Bonn für den Ausbau der Autobahn am Grenzübergang Herleshausen-Wartha statt 300 nur 250 Millionen Mark bezahlen will.

Die Ost-Berliner nahmen es gelassen hin. Zwar sei mit ihrer Unterschrift nicht sofort zu rechnen, so deuteten sie vorsorglich an, doch das liege lediglich daran, daß einige Entscheidungsträger „dienstlich verhindert“ seien. Nach dem 3. März könne unterschrieben werden.

Dergleichen zarte Winke stimmen Kanzlergehilfen wie Staatsminister Gunter Huonker, der die Bonner DDR-Politik koordiniert, zuversichtlich. Die DDR, so der Staatsminister, interpretiere die derzeitige Bonner Zurückhaltung nicht fälschlich als Zeichen einer grundsätzlichen Trendwende. Nie zuvor seien sich Ost- und Westdeutsche ihrer gemeinsamen Interessen so bewußt gewesen wie jetzt. Huonker: „Der Wille zur Kooperation ist eindeutig: Einen Kurswechsel gibt es nicht.“

Ende der Woche war der gebeutelte Gaus wieder ganz der alte. Für ihn, vertraute er engen Mitarbeitern an, sei „die Sache“ mit den großen Lösungen keineswegs erledigt. Gaus: „Das Baby ist nicht in der Wiege erwürgt.“